

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,40 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 0,50 Mk. für den Monat. Postbelegkonto: Nr. 23885, Sozialistischer Verlag z. G. m. b. H., Breslau. Fernsprechanchluss: Ring Nr. 3837.

Freitag, 4. März 1921

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,60 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Verleihen- und Verleihungs-Anzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 3 gespaltene oder deren Raum im Text 3,- Mk.

Spizel und Provokateure bei Linde-Hofmann.

Orgeschoffiziere als Aufseher. — „Industrieüberwachung Oculus“. — Arbeiter Breslaus, auf zur Abwehr!

London oder Moskau.

Wir melbten gestern aus dem Kreise Solingen, daß dort in letzter Zeit Reichswehr- und Orgesch-Offiziere als Arbeiter oder Aufseher eingestellt wurden, daß in Böhwinkel zwei Offiziere entlarvt wurden, die sogar in der gewerkschaftlichen Organisation schon Eingang gefunden hatten, daß in Elberfeld eine Abteilung bayrischer Orgesch eingetroffen ist, die auf die Betriebe der Umgegend verteilt wurde.

Heute schon sind wir in der Lage ähnliche Nachrichten, die hier unmittelbar in Breslau vor sich gehen, in das Licht der Öffentlichkeit zu rücken.

Von der Direktion der Linde-Hofmann-Werke werden schon seit einigen Monaten systematisch Offiziere a. D. in den Betrieb hineingeschoben.

So sieht z. B. nach den uns gemachten Mitteilungen seit etwa einem halben Jahre im Hauptmagazin ein Hauptmann a. D. Es ist klar, daß unter der Obhut dieses Mannes dort alles mögliche verfaßt werden kann.

Ein anderer Fall. Seit dem 1. Februar d. J. ist ein

Oberst Krampf als Assistent des früheren
Bewachungsdirektors

im Werke tätig. Dieser Oberst Krampf soll am 1. April die Leitung des Ueberwachungsdienstes übernehmen.

Nach seinen Meinungen soll der Ueberwachungsdienst „militarisiert“ werden. Unter den bisherigen Wächtern müsse ausgeräumt werden. Stellunglose Offiziere ließen genug herum. Tatsächlich haben sich denn auch schon Wächter gefunden, die vor dem „Herrn Oberst“ krumm stehen und aus Angst vor der Entlassung Kollegen beim Oberst verpehen. (Pst! Teufel!)

Als **Oberaufseher ist ein Oberstleutnant a. D. v. Rasch**

vorgelesen. Auch ein Major a. D. v. Schott soll eingestellt werden.

Der jetzige Direktor des Werkes, Wilhelm und der meist per Auto ankommende zukünftige Direktor, Rittergutsbesitzer Raps, sind die eifrigsten Förderer der Militarierungspläne.

Das Ideal des Unternehmertums ist heute die Verwandlung der Betriebe in Arbeitskasernen. Was das bedeutet, zeigt der Arbeiterschaft ganz deutlich der Prozeß gegen die Aulodbanditen und jeder, der im Kriege war, kennt die Drangsalierungen, die dort an der Tagesordnung sind, wo die Offiziere den Ton angeben. Käßt die Arbeiterschaft es zu, daß sich Offiziere in die Betriebe einschleichen oder von den Unternehmern eingeschoben werden, dann werden die Betriebe für sie in Zeiten zugespitzten Klassenkampfes zu eben solchen wie das von den Aulodbesten besetzte Generalkommando an der Schweidnitzer Straße für alle während des Rapp-Bußches verhafteten Arbeiter eine Folterkammer war.

Der Gipfelpunkt des teuflischen Planes, durch den man die Arbeiterschaft in das Netz der Orgesch gefangen nehmen will, um ihr das Blut bis auf die Knochen ausaugen zu können, kommt noch.

Die Direktion der L.-H.-W. hat sich seit dem 1. März dieses Jahres das Detektivbüro

„Industrieüberwachung Oculus“

für den Außendienst der Ueberwachung der Arbeiter verpflichtet. Diese Gesellschaft soll Arbeiter des Werkes, die gut leben, außerhalb des Betriebes überwachen. Hausdurchsuchungen sollen von ihr gemacht oder veranlaßt werden. Im Betriebe sucht die Gesellschaft Leute zu gewinnen, die ihre Kollegen bespitzeln und zu Diebstählen, die dann vom Detektiv „aufgedeckt“ werden, provozieren sollen. Diese Methoden werden geradezu gegährt durch die Art der Bezahlung der Gesellschaft „Oculus“. Sie bekommt an jeder Kassenschlange 10 Prozent von dem Wert der Ware, die Dieben abgenommen wird. Die Detektive haben also ein Interesse daran, daß möglichst viel gestohlen wird.

Soll so etwa der Betrieb gefährdet werden?

Das Büro des Detektivbüros „Oculus“ befindet sich Goethestraße 3. Sein Leiter ist ein Graf Pfeil. Seine Mitarbeiter sind u. a. ein Hauptmann a. D. Kreuzfeld, ein Kommissar Witzel, die Detektive Berger und

Werner. Diese Leute sollen sich zur „Erlichterung ihrer Arbeit“ gewerkschaftlich organisiert haben.

Die Gesellschaft „Oculus“ arbeitet nicht nur für die L.-H.-W. Sie wird zweifellos unterstützt von den Unternehmerorganisationen, ist vielleicht sogar eine Gründung derselben.

Arbeiter und Arbeiterinnen der Linde-Hofmann-Werke!

Wollt ihr es zulassen, daß ihr direkt im Betriebe von preussischen Offizieren, der reaktionärsten Kaste der bürgerlichen Klasse, bespitzelt werdet?

Wollt ihr es zulassen, daß im Betrieb der Kasernenhof-ton eingeführt wird?

Wollt ihr ruhig zusehen, wie der Betrieb zu einem Stützpunkt der Orgesch ausgebaut wird?

Wollt ihr euch der Gefahr aussetzen, daß euch beim nächsten Rechtsputz die Orgeschbanditen direkt in den Betrieben an die Gurgel springen?

Euer Betriebsrat, der von den Dingen, die wir hier mitteilen, auch schon seit einiger Zeit etwas mußte, hat bisher verjagt. Er ist der Sache nicht auf den Grund gegangen.

Wenn ihr die bestehende Gefahr beseitigen wollt, müßt ihr selbst geschlossen zur Abwehr aufmarschieren.

Fordert beim Betriebsrat die sofortige Einberufung einer Betriebsversammlung.

Fordert die sofortige Entlassung aller in den Ueberwachungsdienst eingestellten Offiziere, insbesondere des Oberst Krampf!

Fordert die sofortige Entlassung des im Hauptmagazin tätigen Hauptmanns a. D.!

Fordert von der Direktion den sofortigen Abbruch aller Beziehungen zu der Detektivgesellschaft „Oculus“!

Arbeiter Breslaus!

Das, was wir über die Nachrichten auf den L.-H.-W. an die Öffentlichkeit gebracht, kann auch in den anderen Betrieben jeden Tag vom Unternehmertum eingeführt werden. Ja, vielleicht sind, ohne daß wir und ihr es wissen, auch in andere Betriebe schon Orgeschoffiziere eingeschoben worden. Wie die aus Mansfeld, Solingen usw. gemeldeten Fälle beweisen, handelt es sich bei diesen Nachrichten um eine planmäßige Errichtung von Stützpunkten der Orgesch in den Großbetrieben.

Wir fordern die sofortige Einberufung der Bollversammlung der Betriebsräte, unter Hinzuziehung je eines Vertreters der Arbeiterparteien. Die Bollversammlung müßte zu der Frage Stellung nehmen, wie die dunklen Nachrichten des Unternehmertums abzuwehren sind.

Arbeiter, Genossen!

Darüber hinaus sind diese Dinge eine neue Warnung. Sie zeigen, wie frech das Unternehmertum rüft für eine noch brutālere Ausbeutung und Unterdrückung. Sie sind eine Warnung. Sie zeigen, was uns bevorsteht, wenn wir nicht bald uns zusammensetzen zu einer machtvollen, einheitlichen Kampffront. Denn es ist klar, daß die gegenrevolutionären, brutalen Nachrichten des Unternehmertums so lange nicht aufhören werden, wie die Waffen noch in den Händen der Orgesch sind und der Unternehmer im Betriebe Herr im Hause ist.

Dieser Zustand kann nur beseitigt werden durch einen Massenaufmarsch der ganzen deutschen Arbeiterschaft. Das im Offener Briefe enthaltene Aktionsprogramm bildet die geeignete Grundlage dafür. Darum auf, stellt die Front her. Salto: auch damit zum Aufmarsch, wenn der Ruf zur Herstellung der Einheitsfront hinausgehen wird!

„Unbistutierbar“ ist die Antwort der Entente in London auf das deutsche „Unannehmbar“ nach der Pariser Konferenz. Die beiden Worte sind seit November 1918 zu ständigen Schlagworten in den Auseinandersetzungen zwischen dem Ententeimperialismus und der deutschen Bourgeoisie geworden. In ihrer tieferen Bedeutung sind sie der Ausdruck der Hilfsbedürftigkeit der durch den imperialistischen Weltkrieg finanziell und wirtschaftlich erschütterten „Siegerstaaten“, insbesondere Frankreichs, und auf Seiten Deutschlands des Bankrotts, der sich in Verzweiflungsschreien der Bankrottäre Luft macht. Da die Entente der Stärkere ist, hat das Unannehmbar bisher noch immer gegenüber dem Unbistutierbar schweigen müssen. Eine Annahme „unter Protest“ war gewöhnlich das Ende vom Liede.

Es scheint so, als solle es in London jetzt anders enden, als sollte den Verzweiflungsschreien jetzt das Babanquespiel folgen. Die gespannte Situation zeigt klar, welche Bedeutung der Londoner Konferenz und dem was ihr folgen wird, zukommen ist. Ganz gleich mit welchen Formeln man die Konferenz abschließen wird, sie ist schon heute der stärkste Beweis dafür, daß die Politik der kapitalistischen Staaten in Europa zum Babanquespiel geworden ist.

Will das deutsche Proletariat sich auch in dieses Todespiel der kapitalistischen Bankrottäre hineinziehen lassen? Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß bei diesem Spiel nicht die kapitalistischen Bankrottäre selbst, sondern ihre Sklaven, die Proletarier, die Armen, Besitzlosen, die Beche zahlen müssen. Die Folgen des Versailler Vertrages, die schon geleisteten Wiedergutmachungen, haben nicht die Bourgeoisie in Not und Elend gestürzt. Im Gegenteil. Die zur Revolution und Bankrottschiebergewordene Kapitalistenklasse hat sich dickere Bäuche und gefülltere Geldschränke angezweifelt, treibt mehr Luxus und Prasserei denn je. Das Kapital, was hier der Gefahr des Steuerzugriffes ausgesetzt ist, wird ins Ausland verschoben.

Das Proletariat aber muß die größten Lasten tragen. Auf den verschiedensten Wegen wird ihm Geld, Gut und Blut abgezapft. Die Steuern werden ihm vom Lohn und Gehalt abgezogen. Bei hohen Lebensmittel- und Bedarfsartikelpreisen werden ihm Hungerlöhne gezahlt. Elend sind seine Lebensverhältnisse in jeder Beziehung.

Was soll nun erst werden, wenn der Kapitalismus in Europa nach London beginnt auf dem Rücken des Proletariats seinen letzten Verzweiflungskampf durchzuführen? Eine Katastrophe ist unvermeidlich. Wieder würde das Proletariat dabei, wenn es tatenlos bliebe, der Leidtragende sein. Die Frage steht heute so: Entweder Untergang des Kapitalismus oder Untergang der ganzen Gesellschaft in einen Zustand der Barbarei. Anders gesagt: Entweder proletarische Revolution oder Gegenrevolution mit weißem Schrecken!

Die proletarische Revolution ist heute keine verlassene, alleinstehende Waise mehr. Sie hat als große starke Mutter im Osten Rußland, die russische Arbeiter- und Bauernrepublik, militärisch stark und wirtschaftlich reich an Lebensmitteln und Rohstoffen. Sie hat die Kraft, den Willen oder zumindest die Sympathie der großen Massen des europäischen Proletariats gewonnen. Sie ist stark genug geworden, um den Kapitalismus zu stürzen und damit die menschliche Gesellschaft vor dem Untergang in Barbarei zu retten und das arbeitende Volk in eine glücklichere Zukunft zu führen.

Das Proletariat steht heute vor der Wahl. Entscheidet es sich für London, dann wird es mühsam dem Kapitalismus untergeben. Will es das nicht, dann muß es sich für Moskau entscheiden. Dann muß es in Massen aufmarschieren und die sofortige Aufnahme wirtschaftlicher und politischer Beziehungen zu Sowjetrußland fördern.

Dann muß es den rückfischlossten Kampf aufnehmen gegen alle, die sich ihm dabei in den Weg stellen.

Dann muß es aufrichten das Schutz- und Trugbündnis mit Sowjet-Rußland.

Die Antwort der Entente — ein Ultimatum.

London, 3. März. Der Sonderberichterstatter der „Agence Havas“ glaubt in der Lage zu sein, über das von den alliierten Vertretern unterzeichnete Abkommen folgende Einzelheiten geben zu können:

1. Die deutschen Forderungen werden für unannehmbar erklärt.

2. Das Pariser Abkommen muß die Grundlage der Besprechungen bleiben, wobei wohlgerichtet die beiden beteiligten Parteien sich über die Durchführungsmöglichkeiten verständigen können.

3. Die deutsche Abordnung wird vor eine Diktatur von vier Sagen gestellt, um ihre Annahme des Abkommens vom 29. Januar kundzugeben.

4. Falls sich die deutsche Abordnung weigern sollte, zu unterzeichnen, so würden die Alliierten zwei rheinische Kohlenhäfen besetzen. Wenn Deutschland weiterhin bei seiner Unwissenheit beharrt, würde es außerdem von wirtschaftlichen Strafmaßnahmen betroffen werden, wie zum Beispiel:

1. Erhebung der Hälfte des Erdöls aus den Vorkäufen Deutschlands im alliierten Ausland.
2. Errichtung einer besonderen Zollverwaltung, welche das linke Rheintal vom restlichen Deutschland abtrennt und unter Aufsicht der Reparationskommission steht.

In London nach der ersten Vollziehung. Die Alliiertenführung.

Paris, 1. März. (Havas). Das Hauptergebnis der Nachmittagsitzung der alliierten Vertreter ist der einstimmige Beschluß gewesen, keine weiteren Darlegungen der Deutschen über ihre Gegenvorschläge anzunehmen, die einstimmig als unannehmbar und sogar indiskutabel erachtet worden sind.

Bei Beginn der Sitzung gaben Loucheur, Jaspar und Cheuniss eine gedrängte Kritik der deutschen Gegenvorschläge. Sie erklärten, die vorgeschlagene Entschädigungssumme betrage nicht mehr als 52 Milliarden Goldmark. Da die Deutschen von der Summe von 50 Milliarden, die sie noch zahlen wollten, 8 Milliarden mittels einer Anleihe aufbringen wollten, würde dies die Belastung Deutschlands noch bedeutend verringern. Als Zinsfuß hätten die Deutschen 8 Prozent angenommen, weil dies für ihre Berechnung vorteilhafter sei als einer von 5 Prozent. Auch an der Abschätzung der bereits geleisteten Zahlungen übten die Alliierten Kritik. Besonders hätten die Deutschen den Wert der ausgelieferten Handelschiffe auf 7 Milliarden Mark angegeben, während die Summe nach alliierten Schätzung nur 700 Millionen Mark betrage. Die Vorschläge über die internationale Anleihe bezeichneten die Redner als übertrieben günstig für Deutschland wegen der an diese Anleihe geknüpften Bedingungen. Die an letzter Stelle angeführten Bedingungen, besonders über Oberschließen, seien eine unverhüllte Verleugnung des Friedensvertrages, ebenso die Vorschläge auf Leistung in Natura.

Infolgedessen beschloßen die Alliierten, über den deutschen Plan nicht weiter zu beraten. Morgen früh um 10 Uhr werden die militärischen und juristischen Sachverständigen zusammentreten. Der juristische Berater des französischen Außenministeriums Fromageot wird heute abend in London eintreffen.

Der belgische Generalstabschef Maglinje ist eiligst von den belgischen Delegierten nach London berufen worden.

Ueber die erste Vollziehung.

London, 1. März. Während Simons die deutschen Vorschläge im einzelnen zu verlesen begann, unterbrach ihn Lloyd George und sagte, wenn Simons es für der Mühe wert hielte, irgendwelche Dokumente zu unterbreiten, so könne er es tun, aber angesichts der allgemeinen Erklärung der Alliierten könne Lloyd George ihm nicht verbieten, daß die deutsche Regierung sich in einem völligen Mißverständnis über die Stellung der Alliierten zu befinden könne, die schon übereingekommen wären, daß der gemachte Vorschlag so beschaffen sei, daß sie ihn als Ersatz für den Pariser Vorschlag weder prüfen noch erörtern könnten. Simons Erklärung besagte, daß Deutschland die Pariser Vorschläge in der gegenwärtigen Form nicht annehmen könne, sondern Gegenvorschläge machen wolle.

Verzögerung der Entscheidung bis Donnerstag.

Reuter. London, 1. März. Die alliierte Konferenz hat heute nachmittag beschlossen, die juristischen und militärischen Angelegenheiten morgen um 10 Uhr zu befragen, mit dem Ziele, die deutsche Delegation am Donnerstag von den Maßnahmen in Kenntnis zu setzen, die die Alliierten zu treffen sich vorgenommen haben. Die Sachverständigen treten morgen früh 10 Uhr zusammen. Die alliierten Delegationen versammeln sich mittags, um den Bericht der Sachverständigen entgegenzunehmen und sich über eine einstimmige Antwort auf die deutschen Gegenvorschläge schlüssig zu werden.

Politische Ueberblick.

Die Transportkontrolle der Eisenbahner.

Am 9. Februar hielten die Rattowitzer Eisenbahner eine für Polen bestimmte Wagon mit Zandern an. Sie nahen ihn aber von wieder freigegeben, da die Reichsstellen die Ausfuhrgenehmigung erteilt haben. — Demnach ist die „Kontrollität“ gegenüber Rußland aufgehoben! Hören Sie, Herr Rosenfeld, Mitglied der jetzt einflussreichen Reichs-Transportkontrollkommission?

Ein zweiter Fall — zwei schwere Risten. Inhalt — Sam mit wappel. Zwei große Postbesprechungen gegen die „deutsche Drage“, gegen die „polnischen Solais“. Für jede Besprechung eine Riste Sam mit wappel. Die Besprechung wird geschlossen mit dem Schluß: „Internationale“ und dem Herkommen der Sam mit wappel.

Wächten alle deutschen Arbeiter das Beispiel von Rattowitz beherzigen. Kein ehrlicher revolutionärer deutscher Arbeiter darf eine Hand rühren, um die Feinde der Revolution mit Waffen zu versorgen. Alle Energie muß angespannt werden, damit kein noch so kleiner Waffentransport die deutschen Grenzen passiert.

Neue Gefahren für die Eisenbahner.

Am Sonntag, dem 27. Februar, waren alle im DGB organisierten Betriebsräte Berlins zu einer Vollversammlung zusammengetreten, um zu den neuesten Verfügungen der Eisenbahndirektion Stellung zu nehmen. Beim Dezernat II, Arnold, liegt eine Verfügung, die glattweg eine Durchbrechung des Achtstundentages bezweckt. — Weiterhin ist ohne Rücksprache mit den Betriebsräten eine Neuregelung der Arbeitszeit in den Werkstätten beabsichtigt. Es soll in „sozialer Fürsorge“ gemacht werden. Die Verwaltung bemerkt, daß der Arbeiter nicht acht Stunden hintereinander produktiv genug arbeiten kann, darum muß eine größere Mittagspause eingeschoben werden. — Merkt ihr was, Arbeiter? — und drittens, da das Defizit bei der Eisenbahn so groß ist, müssen die Arbeitervertretungen, in diesem Falle die Betriebsräte, in ihren Rechten bzw. in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt werden.

Die Betriebsräte nahmen einstimmig folgende Resolution an:

„Die am 27. Februar stattfindende Betriebsräteversammlung des DGB. erhebt schärfsten Protest gegen die Maßnahmen der Verwaltung gegenüber den Betriebsräten.“

Arbeiter! Genossen!

Unaufhaltsam geht der Zerfall der kapitalistischen Wirtschaft vor sich. Auch in Schlesien werden immer neue Scharen von Proletariatslosen ins Elend gestürzt. Viele Tausende sind arbeitslos, Tausende ohne Wohnung, Tausende mangelt es an den notwendigen Mitteln zum Leben. Die Wahlen sind vorüber und es hat sich gezeigt, daß in Schlesien der kommunistische Gedanke unauflöslich an Boden gewonnen hat. Aber es genügt nicht, Tausende von Wählern zu haben. Es genügt nicht, zu wissen, daß die Sympathien für die Kommunisten, daß der Wille zum Kampf bei der schlesischen Arbeitererschaft ungeheuer stark ist. Es gilt, den Arbeitern Klarheit zu geben über die Mittel und Wege, die zu ihrer Befreiung führen. Ein wichtiges Mittel dazu ist unsere kommunistische Presse.

Die „Schles. Arbeiter-Zeitung“

muß zum Mittelpunkt werden für die revolutionäre Aufklärung der Arbeitererschaft. In jedem Betrieb, in jedes Proletariatshaus muß sie dringen, um dort die Stimme des Kommunismus erschallen zu lassen. Jeder einzelne Genosse und jeder einzelne Leser der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ muß bemüht sein, mindestens einen neuen Abonnenten dazu zu gewinnen. Es gilt den Arbeitern klar zu machen, wie sehr an ihrer Befreiung und Verlebung schuld ist der Vertrag, der durch die bürgerliche und sozialdemokratische Presse an ihnen täglich verübt wird. Um jene viele Tausende, die sich zur Revolution bekennen, zu zellernen, bewaffneten Kämpfern des Kommunismus heranzubilden, bedarf es der unangefochtenen Aufklärung durch die Zeitung.

Dann aber die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ wirklich zum Mittelpunkt des revolutionären Kampfes in Schlesien werden, ist weit mehr als bisher die Mitarbeit der tüchtigen Genossen nötig. Die Zeitung muß ein Spiegelbild von dem Leben, den Sorgen und Kämpfen des Proletariats werden.

Uns Werk, Genossen!

Jeder werde im Betrieb sofort neue Leser. In den Gewerkschaftsversammlungen und unter jenen Bekannten muß er darauf hinwirken, daß die kommunistische Presse ein starkes und wirksames Kampfmittel ist für die Befreiung des Proletariats.

Werbt für die „Schles. Arbeiter-Zeitung“.

Die Betriebsräte verlangen von ihrer Organisation, daß sie sich hinter ihre Betriebsräte stellt und auf dem schnellsten Wege die nötigen Schritte in dieser Frage unternimmt. Gleichfalls verlangen die Betriebsräte vom Hauptvorstand die Auskunft, was der Hauptvorstand gedenkt zu unternehmen gegen die Gefahr der Durchbrechung des Achtstundentages.

Ein Viertel aller Beamten soll brotlos werden.

Bei der Aufstellung des Reichshaushaltsplans für das Jahr 1921 soll mit wesentlichen Einschränkungen in der Zahl und Verwendung der Beamten der Anfang gemacht werden. Der gesamte Beamtenapparat soll um den vierten Teil seines gegenwärtigen Bestandes verringert werden, und zwar in der Weise, daß beim Freiwerden planmäßiger Beamtenstellen nur jede zweite Stelle von neuem besetzt wird, bis in der betreffenden Gruppe ein Viertel der Stellen fortgefallen ist. Natürlich kann dieser Grundsatz auf die höchsten Beamten nicht in der gleichen Weise angewandt werden. Gleichwohl soll in Beachtung des neuen Besoldungsgegesetzes für bestimmte mittlere Beamtenkategorien eine Neubildung in Stellen niedrigerer Besoldungsklassen Platz greifen. Ferner ist beabsichtigt, aus dem in den letzten Etats mehrfach vorkommenden Personal „künftig wegfallend“ für Stellen, die in der Abwicklung begriffen sind, die Konsequenz herzuleiten, die bisherigen Beträge bis auf weiteres zu streichen. Endlich soll auf eine Verminderung der sonstlaufenden Verwaltungsaufgaben dadurch hingewirkt werden, daß die allgemeinen Bewilligungen des Jahres 1920, welche zur Bereinigung der Kontenstellungen auf das Jahr 1921 angesetzt übernommen sind, zwar als Aufträge rasch erledigt werden, aber nur bis zu 75 Prozent veranschlagt werden dürfen.

Ein Viertel der Beamten auf Pflaster. So will es die Sparmaßnahmen der Parteien, die in Wahlen den Beamten goldene Berge versprochen. Der kapitalistische Staat, nicht mehr imstande, seinen Beamten das nackte Existenzminimum zu gewähren. Die gewaltige letzte Beamten-

bewegung wurde abgewürgt durch Spaltung der Beamtenfront, durch Bevorzugung der hohen Beamten auf Kosten der niederen und mittleren Schichten. Jetzt, nach der Niederlegung der Beamtenbewegung wird derselbe Kurs in verschärfter Form weitergeführt. Mittlere und untere Beamte werden die einzigen Leidtragenden sein. Die hohen Beamten werden weiter mit fetten Pfändern gemästet.

Jetzt gilt es, die Reihen zu schließen. Die Beamten müssen überall ihre gewerkschaftlichen Organisationen veranlassen, auf die Provokation des Reichshaushaltsplanes mit sofortiger Einleitung von Gehaltskämpfen zur Sicherung des Existenzminimums zu antworten. Der Unterföhrung der Arbeiterschaft dürfen die Beamten gewiß sein.

Die Reichskonkursverwaltung.

Aus dem Reichstag. — 300 Milliarden Schulden.

Ein kleiner Standal ist ein gefundenes Fressen für die Herren Abgeordneten, besonders wenn mit ihm das Fehlen jeglicher politischer Gedanken verdeckt werden kann. Nun ist der Fall Kerckhoff ein drastischer Beweis für die Korruption der strammnationalen Kreise, die Steuern hinterziehen, unter dem Schutze der Immunität Amosiegel erbrechen, Akten verschwinden lassen, um sich dann gegenseitig Ehrenerklärungen auszustellen. Aber daß keine Befragung statt ausschließlich die Beratung des Reichsfinanzrats beherrscht, ist nicht nur ein Beweis für das Fehlen von Gedanken, sondern ebenso für die Hilflosigkeit, mit der Regierung und Parteien des hohen Hauses bis zu den Unabhängigen dem Bankrott des Staates gegenübersehen. Der Unterschied zwischen Rechtssozialisten und Unabhängigen in der Stellung zu den aus der Ferne winkenden neuen Steuern ist nur ein solcher des Tones und besteht darin, daß die Unabhängigen heute nach altgewohnter sozialdemokratischer Tradition den Unterschied zwischen direkten und indirekten Steuern machen, während die Rechtssozialisten sich mit sogenannter Detailkritik, d. h. allgemeiner Mörgelei bescheiden.

Im Mittelpunkt der Sitzung steht nach einer Rede des Rechtssozialisten Keil, einem der gerissensten Kulissenschieber der SPD, Herr Heiserich. Nachdem er die Stellung der Deutschnationalen zum Fall Kerckhoff dadurch präzisiert hat, daß er schlangweg ablehnet und im übrigen auf günstig gestimmte Richter vertraut, gibt er im Tone eines Borgesehnen dem Reichsfinanzminister Birth Anweisungen, wie er sich der Linken des Hauses gegenüber zu verhalten habe.

Nun erhebt sich der Reichskontrolleur Birth und bringt vor, was er in den letzten Wochen an Zitäten gesammelt hat. Er wendet sich zunächst gegen die Rechte, um dann, als braver Zentrumsmann gerecht verteilend, der Linken einige Brocken hinzuworfen. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen stehen Zahlen, nüchterne Zahlen, die den Konkurs des Reiches, aller Romanistik bar, beweisen.

Unter anderem führte er aus:

„Im ganzen ist ein Fehlbetrag von 83,6 Milliarden zu verzeichnen. Der Etat von 1921 wird zurzeit im Reichsrat beraten. Es ergibt sich ein ordentlicher Bedarf von 44,3 Milliarden. Der außerordentliche Haushalt für 1921 weist heute schon einen Fehlbetrag von 42,5 Milliarden auf. Man muß sich darüber klar sein, daß wir schon in diesem Jahre um einen definitiven Versuch der Ordnung unseres ordentlichen Haushalts nicht herumkommen. Die gesamte Schuldverpflichtung des deutschen Volkes beläuft sich heute schon auf folgende Summen: Fundierte Schuld 85,8 Milliarden, schwebende Schuld 161,54 Milliarden. Dazu Zahlungsverpflichtungen des Reiches 11 Milliarden, Sicherheitsleistungen 7 Milliarden, fundierte Eisenbahnschulden und Ankaufszeld 21 Milliarden, Ertrag der Kriegsaufwendungen der Länder 15 Milliarden, so daß wir eine Summe von 300 Milliarden Mark Schulden haben.“

Genosse Düwelle bringt in kurzen Ausführungen den prinzipiellen Standpunkt der Kommunisten zum Ausdruck. Nur Arbeit kann den Wiederaufbau Deutschlands herbeiführen, und diese Arbeit kann nur eine kommunistisch geleitete sein.

In der Einzelberatung tritt Genosse Maltzahn für die Angestellten der Abwicklungsämter und anderer Staatsbetriebe ein, die jetzt zu Tausenden aufs Pflaster geworfen werden.

Die Regierung geht weder auf diese noch auf die Beschwerden des württembergischen Bauern-Delegierten Körner und anderer Abgeordneten ein.

Ausperrungen in der Schiffbauindustrie.

Drogender Generalstreik in Stettin.

(Privattelegramm der „Schlesischen Arb.-Ztg.“).

Stettin, 2. März. Nachdem die Direktion der Sullawerft als Bedingung für die Aufhebung der Ausperrung nunmehr die Neuregelung der Arbeitsfrage, also den Lohnabbau und die Einführung einer Mittagspause, auf deutsch die Befreiung des Achtstundentages fordert, hat die heutige Versammlung aller Stettiner Betriebsräte beschlossen, daß der hiesige Zentralrat und die Gewerkschaften sich morgen über den Generalstreik schlüssig werden. Ferner sind Vertreter zum Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund entsandt worden, um die Ausdehnung des Abwechslampfes auf ganz Deutschland anzuregen.

Die Flensburger Werftarbeiter lassen Tirpiz nicht schwimmen.

Die Direktion sperrt aus.

Am Dienstag vormittag sollte auf der Flensburger Werft ein 12000 Tonnen-Dampfer der A.-S. Hugo Stinnes vom Stapel laufen und auf den Namen Tirpiz getauft werden. Tirpiz war selbst erschienen, um die Taufe zu halten. Auch Hugo Stinnes hatte sich eingefunden. Die Flensburger Werftarbeiter erhoben jedoch in letzter Minute Einspruch gegen die Benennung und beschloßen mit Zweidrittelmehrheit, das Schiff nicht vom Stapel laufen zu lassen, wenn es den Namen Tirpiz erhält.

Tirpitz und Stinnes standen da wie die betäubten Lohgerber, nur daß diesen die Zelle fortzuschwimmen, während den betäubten Lohgerbern Tirpitz und Stinnes das Schiff nicht fortzuschwimmen wollte.

Aber die Direktion wußte sich zu helfen. Sie hat die gesamte Belegschaft ausgesperrt.

Die Zahl der Ausgesperrten beträgt etwa 2000. Staatssekretär a. D. von Tirpitz kaufte das Schiff auf seinen Namen. Der Stapellauf erfolgte indessen nicht.

Natürlich ist hier die „Rache für Tirpitz“ nur der Vorwand, um Arbeiter der Schiffbauindustrie auszusperrern und so die Folgen der Krise in der Schiffbauindustrie in Gestalt verlängerter Arbeitszeit und verkürzter Löhne auf die Werftarbeiter abzuwälzen.

Ausland.

Technische Nothilfe in Budapest.

Der Sechsstreik dauert an.

(WB.) Budapest, 28. Februar. Die Verhandlungen zwischen den ausländischen Zeitungsetzern und den Druckereibesitzern haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Durch Vermittlung der technischen Nothilfe ist es gelungen, abends eine Zeitung erscheinen zu lassen. Die Regierung hat auf Grund des Kriegsdienstleistungsgesetzes eine Druckerei mit Beschlag belegt, wo eine täglich zweimal erscheinende Zeitung hergestellt werden soll. Die Ordnung wurde nirgends gestört.

Budapest, 28. Februar. Minister des Aeußeren, Dr. Srag, hat heute die Leitung des Ministeriums für nationale Minderheiten übernommen.

Dr. Srag war Gesandter in Wien und hat die Pressebesprechungen für Horthyungarn geleitet. Jetzt ist er Außenminister. Die neueste Ernennung steht im Zusammenhang mit der Bergewaltung Westungarns, da Srag Programm die Gewinnung dieses deutschen Landes für die Horthybanditen ist. So sieht das Selbstbestimmungsrecht der Bourgeoisie aus.

Der Generalstreik

dehnt sich über ganz Polen aus.

(Privattelegramm der „Schlesischen Arb.-Ztg.“)

Warschau, 1. März. Trotz der Verhaftungen und der Verfolgungen durch die Regierung dehnt sich der Streik räumlich aus. Heute sind in Warschau die Straßenbahnen in Streik getreten, Gasanstalt und Elektrizitätswerke streiken ebenfalls. Warschau ist ohne Licht. Zeitungen sind nicht erschienen. Es verkehren nur einzelne Züge, die militärisch besetzt sind. Die Offiziere leiten den Bahnhofsdienst. Das Militär hat die wichtigsten Punkte besetzt, eine Versammlung der Sozialisten wurde von der Polizei gesprengt. Für den 1. März erwartet man den Generalstreik in ganz Polen. Aus Krakau liegen Meldungen vor, daß die dortige Arbeiterschaft sich dem Streik vollkommen angeschlossen habe.

Die französischen Kommunisten stehen bereit.

Genosse Cahin bespricht in „L'Humanité“ die gegenwärtige internationale Lage. Er weist auf die Pläne der französischen Reaktion hin und auf die Möglichkeit, daß die französische Regierung wiederum versuchen könnte, die Welt in eine Katastrophe zu stürzen. In einem solchen Falle müßte die französische Kapitalistenklasse auf den entschlossensten Widerstand des Proletariats stoßen, das die Aufgabe hat, derartige Kriegspläne zu verhindern.

Der große Pariser Kommunistenprozeß.

Aus Paris wird gemeldet: Am 28. Februar nimmt der Prozeß vor dem Pariser Gerichtshof gegen die seit zehn Monaten in Haft befindlichen kommunistischen „Verschwörer“ seinen Anfang. Unter den Angeklagten befinden sich Lorient, Moratte und Souvarine, die Sekretäre des französischen Komitees der 3. Internationale. In Lorient will man den geistigen Führer der französischen Arbeiterbewegung, in Moratte will man den angesehensten, revolutionären Gewerkschaftler des Landes und in Souvarine den Herausgeber des „Bulletin Communiste“ treffen. Der ebenfalls angeklagte Droumoussieu ist der Vorkämpfer der revolutionären Richtung unter den Eisenbahnern. Neben diesen führenden Persönlichkeiten sind noch einige andere Kommunisten und Anarchisten angeklagt. Der Prozeß wird sicherlich zur Revolutionierung des französischen Proletariats und zur Demaschierung der heuchlerischen Bourgeoisie und ihrer feigen Justiz erheblich beitragen. Unter den Zeugen, die von der Verteidigung geladen sind, befinden sich auch Anatole France, Rouanx Holland und Henri Barbusse.

Internationales.

Der Boykott der kommunistischen Internationale gegen das weiße Spanien.

Wie bekannt, hat die Exekutive der kommunistischen Internationale die Arbeiter aller Länder aufgerufen, einen unbedingten Boykott über das Spanien des Herrn Dato zu verhängen, wo in so schändlicher Weise die revolutionären Kämpfer abgeschlachtet werden. Wie aus Paris gemeldet wird, gehen nun auch die französischen revolutionären Gewerkschaften daran, im Sinne des Boykotts zu wirken; vor allem wird es die Aufgabe der Seelen- und Hafenarbeiter sein, die Beförderung aller Waren, die aus Spanien kommen oder nach Spanien bestimmt sind, zu verhindern. In den Häfen Italiens und Portugals wird bereits von den Proletariats noch diesem Grundsatze verfahren.

Der Prozeß gegen die Rapp-Bestien.

3. Verhandlungstag.

Zeuge Ruppelt, ein nervenkranker Kriegsverlehter, wurde im Keller des Generalkommandos über den Tisch gezogen und dort so lange mit gefährlichen Werkzeugen geschlagen, bis er einen Nervenanfall bekam.

Ein Offizier hat ihn geprügelt, bis er blutete.

Der Zeuge Leich wurde im Generalkommando auf der Treppe mit Koppel, Gewehrkolben und anderen Gegenständen geschlagen. In der Folterkammer mißhandelte man ihn auf neue bis er eine blutende Wunde davontrug und ohnmächtig wurde. Nachdem die Wunde verbunden war, schlugen die Roskitten von neuem auf den verbundenen Kopf. Der Angeklagte Walter hat ihn mit den Füßen ans Kinn getreten und mit der Faust ins Gesicht geschlagen.

Zeuge Klemert wurde im Regierungsgebäude mit Handgranaten und Gewehrkolben blutig geschlagen und nach dem Generalkommando gebracht. Dort hat er gesehen, daß unter Duldung des Angeklagten Walter mit allerhand Gegenständen verschiedene Gefangene geschlagen wurden.

Besonders zu leiden hatte der Zeuge Fritsche. Im Hauptpostamt wurde ihm von einem Offizier mit der Keilpeitsche das Gesicht blutig geschlagen.

Nach dem Regierungsgebäude gebracht, wurde er auf einen Tisch geschmissen und

von zirka zehn Rappisten mit Knütteln bearbeitet.

Im Generalkommando frug ihn Kulod, ob er schon seine Abreibung bekommen habe. In der Folterkammer wurde er von Biskup und Bressla bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen.

Aus dem Zimmer der Spielleute hörte Fritsche fortwährendes Schreien, Stöhnen und Wimmern.

Als ein Gefangener, der Kriegsverlehter ist (Dauhschuh), um Sitzgelegenheit bat, sagte Biskup:

„Steck dem Schwein ein Seitengewehr in den Hintern, dann hat er eine Stütze.“

Der Zeuge hat als Folge der an ihm begangenen Mißhandlungen ein Ohrenleiden davongetragen. Er hat den Eindruck gehabt, daß die drei Angeklagten aus purer Wollust und Freude am Schlagen die Mißhandlungen begangen haben.

Zeuge Sergeant Hauser war Bataillonschreiber und gibt zu, daß die Inhaftierten geschlagen wurden.

Er hat selbst einmal Prügel versehenlich erwischt, als er Gefangene in Schutz nehmen wollte.

Der Zeuge Feuerwehrmann Langer hat den lazarettfähig geschlagenen Brandt nach dem Allerheiligen-Hospital geschafft.

Er bekundet, daß Brandt ganz übel zugerichtet war.

Auch die Zeugen Baumert (ehemaliges Mitglied des Kulodkorps) und Lampe (Schreiber im Generalkommando) müssen zugeben, daß Mißhandlungen mit und ohne gefährlichen Werkzeugen vorgekommen sind.

Lampe erklärt, daß sich auch Offiziere an diesen Mißhandlungen beteiligt haben und daß man das Schreien der Mißhandelten im ganzen Gebäude hörte.

Zeuge Lose, ein Kriegsverlehter mit einem Bein, wurde nach dem Generalkommando gebracht. Auch diesen armen Kriegskrüppel hat die vertierte Soldateska aufs Kerzgerüst mißhandelt.

Der Zeuge Pflanz war Schreiber im Generalkommando. Er hat gesehen, daß auf dem Wege in die Arrestzelle mit Peitschen sehr arg geschlagen wurde.

Sehr wesentliche Aussagen machte der Zeuge Zimmermann, ein früherer Spielmann des Kulodkorps. Er bestätigte alle an den Gefangenen verübten Mißhandlungen, er hat gesehen, daß Biskup und Bressla mit Gummiknütteln auf die Wehrlosen einhieben. Zimmermann hat auch der Szene beigewohnt, als Bressla und Biskup durch fortwährende Schläge dem Zeugen heimlich das Genähdnis erpreßten, er habe geschossen.

Alle Offiziere, auch Kulod, wußten von den rohen Mißhandlungen,

so sagte Leutnant Jordan einmal: „Schlagt die Leute feste, schlägt sie tot, die Hauptsache wir setzen nichts.“

Nach seinen Angaben wurde damals der Gefangenenraum allgemein Folterkammer (das war er im wahren Sinne des Wortes) genannt. Er weiß bestimmt, daß alle drei Angeklagten Gummiknüttel hatten.

Infolge der ungünstigen Aussagen versuchten die Angeklagten, den Zeugen zu verdächtigen und zu verleumden. Dadurch gereizt, geriet Zimmermann in begreifliche Erregungen und nun erfolgten allerhand, das Kulodkorps so recht kennzeichnende Mißhandlungen. Bei den Ruhrämpfen hat man

unter Duldung der Offiziere und Mitwirkung der Unteroffiziere Behausungen und Menschen berandt und dann die gestohlenen Gegenstände verteilt. Ja man hat sich nicht gekent, Teile zu plündern und sich deren Sachen anzueignen.

Zimmermann sagte sehr treffend:

„Das Aklamen war üblisch beim Freikorps Kulod.“

Der Zeuge Stein, ein 65-jähriger alter Mann, wurde ebenfalls verhaftet. Unter Beschimpfungen wie: „Judenass“, „Lump“ usw. und Stößen brachte man ihn nach dem General-Kommando. Dort mußte er wie die anderen Gefangenen an der Wand der Folterkammer stehen. Nachts kam ein besoffener Offizier, hielt eine deutschnationale Propagandarede, und wollte sämtliche Juden aufstossen.

Die Verhandlung wurde auf den nächsten Vormittag 9 Uhr vertagt.

Diese Bestien in Menschengestalt hat man auf die Menschen losgelassen. Während man über Proletarier, die gegen Verfassung brechende Hallunken die Waffe ergriffen, überall zu Gericht sitzt, um sie zu verurteilen, versucht man hier, wo es sich um gemeine Verbrecher handelt, ob nicht doch der Amnestie-Erlaß in Anwendung gebracht werden könne.

Ein Aufruf an die italienischen Genossen.

Die Zentrale der KPD. beschloß in ihrer letzten Sitzung folgenden Aufruf an die italienischen Genossen:

„Genossen!“

Auf den Trümmern Europas versucht der Kapitalismus aufs neue sein fluchbeladenes System zu befestigen. Das Proletariat soll seinen breiten Rücken für den Totentanz der Bourgeoisie herhalten. Als Rusikanten spielen die Reformisten und Opportunisten aller Länder auf, die jetzt in Wien einen neuen Text für ihre verräterische Weisen suchen.

Die kommunistische Internationale hat mit wuchtigen Schlägen vor den Augen des Weltproletariats den Vögelbau dieser Feinde der Arbeiterklasse zertrümmert. In allen Weltteilen strömen die arbeitenden Massen dem Kommunismus zu.

Die Vereinigte kommunistische Partei Deutschlands begrüßt die junge kommunistische Partei Italiens brüderlich in der Front der Kommunisten aller Länder. Italien ist ein wichtiger Posten in dem Kampfe der Weltrevolution, und es war die Pflicht der revolutionären Vorkämpfer der italienischen Arbeiterklasse, auch in ihrem Lande endlich eine wahrhaft revolutionäre Massenpartei zu schaffen, die nicht mehr gehemmt wird von reformistischen und opportunistischen Führern.

Die Zentrale der KPD. erkennt in dem Verhalten der kommunistischen Fraktion auf dem Kongreß in Livorno den einzig möglichen Weg, um den Grundsatzen der kommunistischen Internationale in Italien Geltung zu verschaffen. Diejenigen Proletarier, die heute noch mit Serrati gehen, werden bald erkennen müssen, daß allein die KPD. die Vertreterin des bewußt kommunistisch handelnden Teils des italienischen Proletariats ist. Diesen Klassengenossen rufen wir zu, sich von ihren Führern zu trennen, die es vorziehen, mit den Reformisten zu gehen und sich von der kommunistischen Internationale zu trennen.

Die KPD. wird in den kommenden Kämpfen die ganze Stoßkraft des konterrevolutionären Italiens in erster Linie auf sich ziehen. Die Faschisten und Weißgardisten haben in Castellamare, in Modena, Bologna, Milano und zuletzt durch den Schurkenstreich in Triest gezeigt, daß sie ihre höchste Aufgabe in der blutigen Verfolgung der kommunistischen Proletarier erblicken, und lieber Italien in Rauch und Flammen aufgehen, als die Heiligkeit des Privateigentums antasteten lassen.

Die KPD. gibt der KPD. die brüderliche Versicherung, daß sie bei allen revolutionären Aktionen hinter ihr stehen und internationale Solidarität aben wird.

Das Geschick der sozialen Revolution in Italien ist eng verbunden mit der kommunistischen Partei. Von kommunistischem Geist durchdrungen, von revolutionärer Kampfbereitschaft erfüllt, und unter einheitlicher, klarer, kommunistischer Führung werden die Arbeitermassen in Italien eurer neuen Partei größtes Vertrauen schenken, und wird eure Partei in kurzer Zeit zur einzigen revolutionären Massenpartei Italiens werden.

Es lebe die kommunistische Internationale!
Es lebe die Weltrevolution!
Berlin, den 27. Februar 1921.

Die Zentrale der Vereinigten kommunistischen Partei Deutschlands.“

Die Internationale 2 1/2 im Spiegel ihrer eigenen Worte.

Auf der Wiener Konferenz erklärte der englische Delegierte Shiwell:

„Wenn wir heute in der internationalen Bewegung gespalten sind, so müssen wir bekennen, daß wir doch vor allem selbst daran schuld sind. Wir selbst haben ja alle den Theorien von Moskau ein Ohr geliehen, wir selbst haben über Kommunismus, Diktatur und Sowjetismus gesprochen, wir selbst haben unsere Genossen ermuntert, zu glauben, daß daran ein Keim von Wahrheit sei. Wenn aus all dem Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Arbeiterbewegung hervorgegangen sind, so brauchen wir niemanden als uns selbst dafür verantwortlich machen. (Beifall).“

Der Sekretär der französischen sozialistischen Partei, Paul Faure, sagte:

„Als wir uns in Tours entschließen mußten, die Spaltung zu vollziehen, so geschah dies nicht etwa unter dem Eindruck des Telegramms von Sinowjew. Wenn es sich nur um persönliche Beleidigungen gehandelt hätte, hätten wir uns niemals getrennt, wir hätten sie hingegenommen und dazu geschwiegen. Wir mußten aber feststellen, wie groß die Verschiedenheit in den Auffassungen der Bolschewisten und der Sozialisten ist.“

Die scharfe Kampfstellung gegen links ist dem schwedischen Generratsmann Christa, dem einzigen Präsidentsen von Zimmerwahl, der die Linke der Internationale 2 1/2 anführt, peinlich. Die Konferenz wußte sich von ihm folgendes sagen lassen:

„Aber hat gestern erklärt, der Wiederaufbau der Internationale sei ein Problem der Geduld. Ich möchte das mit dieser Einschränkung nicht gelten lassen. Es ist nicht nur ein Problem der Geduld, sondern es ist ein Problem des Vertrauens der Arbeiterklasse zu unseren Methoden und zu unseren Organisationen.“

Das Vertrauen kann nicht beschaffen werden, es muß erworben, erarbeitet und erlämpft werden. Und erlämpfen können wir dieses Vertrauen nur im Kampfe gegen die Bourgeoisie eines jeden Landes, und von diesem Gesichtspunkt aus ist, glaube ich, der Eindruck, den unsere Debatte und unsere Verhandlungen bis jetzt hervorgerufen haben, ein etwas unrichtiger. Die Debatte ist allzusehr eingestellt auf die Abwehr der Angriffe, die von Rostau aus gegen die Wiener Konferenz und die auf ihr vertretenen Parteien gerichtet waren; verständlicherweise, denn diese Angriffe erheischen eine Antwort. Aber wir dürfen nicht das falsche Bild entstehen lassen, als ob es sich hier darum handeln würde, eine Internationale zu gründen, die nicht in erster Linie den Kampf gegen die Bourgeoisie, sondern den Kampf des einen Teiles der Arbeiterklasse gegen den anderen Teil zu führen hätte. Darum wird es notwendig sein, daß wir unsere Orientierung zu den im Referat Adler aufgeworfenen Fragen nicht nur auf das Verhältnis zur kommunistischen Internationale einstellen.

Ueberflüssig zu sagen, daß die „Orientierung“, die Grimm im weiteren entwickelte, von eben jener Art war, die die Hilferinge zwangsläufig an die Seite der Bourgeoisie und in die Kampfstellung gegenüber der kommunistischen Internationale führt.

Aus der Provinz.

Paßkau O.-S. Am 26. und 27. Februar sprach der Genosse Koniegnie in öffentlichen Versammlungen über: „Was wollen die Kommunisten“ und „Kultur, Christentum und Kommunismus.“ Beide Referate haben einen Erfolg hinterlassen, der ein neuer Impuls zu weiterer Arbeit ist. Mehrere Uebertritte von der SPD. und Neu-Eintritte haben wir dadurch zu verzeichnen und neues Leben keimt in der Ortsgruppe. Wir unterlagen nicht die Schwierigkeiten, die wir als Kommunisten im bürgerlichen Staate zu überwinden haben. Diese Widerstände können uns aber immer nur ein neuer Antrieb sein, mit der Befreiung dieses Staates alle Hemmnisse zu beseitigen. Das Ziel ist ein so großes, daß es wert ist, alle Kräfte dafür einzusetzen.

In einer Mitgliederversammlung, die am 27. Februar, normittags 9 Uhr stattfand, behandelte Genosse Koniegnie agitatorische und organisatorische Fragen. Die Mitglieder sprachen den Wunsch aus, daß mehr als bisher in der Landagitation getan werde. Kritisiert wurde, daß Genosse Klein zu einer Versammlung, zu der er zugehört hatte und die durch gute Vorbereitung überaus gut besucht war, nicht erschienen ist. (Die Gründe, warum Genosse Klein nicht erscheinen konnte, hat er selbst wohl schon klar gelegt. Die Redaktion.)

Lokales.

Breslau, den 4. März 1921.

Bedt sie nicht auf!

„Was sagten Sie dem Roune eben?“
„Ich sagte ihm, er solle sich beeilen.“
„Was berechtigt Sie, ihm das zu sagen?“
„Ich bezahle ihn, damit er sich beeilt.“
„Wieviel zahlen Sie ihm?“
„Zwei Dollar täglich.“
„Woher nehmen Sie das Geld, um ihn zu bezahlen?“
„Ich verkaufe Ziegelsteine.“
„Wer macht die Ziegelsteine?“
„Er.“
„Wieviel Ziegelsteine macht er?“
„Hierumhyanzig Mann machen täglich 24000 Steine.“
„Wie asphalt, daß Sie ihn bezahlen, zahlt er Ihnen täglich 5 Dollar, damit Sie umherstehen und ihm sagen, daß er sich beeilen solle.“
„Schon recht, aber ich besitze die Maschinen.“
„Wie haben Sie die Maschinen erlangt?“
„Ich verkaufte Ziegel und kaufte sie.“
„Wer machte die Ziegel?“
„Schweigen Sie! Sie werden die tüchtigsten Gejellen auf und dann werden sie die Ziegel für sich selber machen wollen.“
(Aus einer englischen Zeitung.)

Zum Streit in der Gewerkschaften. Der Streit bei den Branten N. Steinig jun., Albrechtstraße 57 und Gebrauder Reijer, Albrechtstraße 40, ist aufgehoben.

Die Fahnen heraus!

Ein großer Tag ist angefangen. Am Sonnabend nachmittag sollen alle Nichtoberschlesier für die Erhaltung Oberschlesiens bei Deutschland demonstrieren. Die national-Einheitsfront ist hergestellt und marschiert. Vom reaktionären Bürgererrat bis zum sozialdemokratischen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund ist alles in einer Harmonie, als gäbe es keine Klassegegensätze. Die nationale Phrase ist Triumph, mit ihr versucht man die Arbeiter, die Entrechteten dieser bürgerlichen Gesellschaft zu begeistern und vor den eigenen Wagen zu spannen. Dazu reicht der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund willig seine Hand, leistet Hilfe zum Vortrag, zur Irreführung des Proletariats. Es ruft auf, mit dem Bürgererrat zusammenzutreten und erweckt damit den Anschein, als ob die Proletarier, die Ausgebeuteten der Bourgeoisie, die gleichen Interessen haben wie die Ausbeuter. Mit den Gleichen, die man vor der Wahl als die größten Feinde des Proletariats verachtete, denen man mit Recht die Schuld an dem Elend des Proletariats zuschob, veranstaltet

Achtung! Distrikte 9, 9a, 10, 12. (West.)
Jugendversammlung
aller Jugendlichen und besonders der Ostern die Schule verlassenden Söhne und Töchter, am Freitag, den 4. März, abends 7 1/2 Uhr, im Arbeiterheim, Alsenstraße 38, Ecke Schulgenwiese. Vortrag eines Jugendgenossen über: **Ursachen u. Beseitigung der Not der proletarischen Jugend.** Parteigenossen, macht Propaganda für diese Versammlung.
Kommunistische Jugend,
Ortsgruppe Breslau.

man jetzt einen nationalen Rummel. Seite an Seite mit dem Großindustriellen, dem verlebten Schieber, dem Orgelschläppling, dem Bürgererrat zur Bekämpfung alles dessen, was nach revolutionärem Marxismus riecht, sollen ausgehungerte Proletarier, sollen Arbeiter, die in schmerzlichen Lohnkämpfen mit dem Unternehmertum stehen, sollen die kleinen Beamten, die um ihre Gehaltszulagen und den Achtstundentag geprellt wurden, demonstrieren für den Verbleib Oberschlesiens bei dem kapitalistischen Deutschland, für die weitere Möglichkeit, daß die deutschen Grundbesitzer und Zehntenbarone das deutsche und polnische Proletariat im Interesse ihres Profits ausbeuten können.

Arbeiter von Breslau!
Laßt euch nicht zu diesem Verrat an euren eigenen Interessen mißbrauchen. Es ist unwahr, daß, wenn Oberschlesien durch die Abstimmung polnisch wird, ihr die Kohle verliert. In einem kapitalistischen Staate werdet ihr nie die Schätze eures Landes besitzen, im kapitalistischen Staate habt ihr noch nie die euch gehörenden Reichtümer bejessen. Ihr habt immer nur mit eurer Arbeit und eurem Schweiß diese Reichtümer heben müssen, mit denen dann die Bourgeoisie Wucher getrieben. Alle Unternehmer tun das, ganz gleich welcher Nation. Sie können ja alle nur leben, wenn sie euch ausbeuten. Ob euch Oberschlesien und seine Schätze gehören sollen, darüber entscheidet nicht die Abstimmung am 20. März, darüber entscheidet, ob ihr weiter gewillt seid, euch von deutschen oder polnischen Unternehmern ausbeuten zu lassen. Darüber entscheidet, ob ihr gewillt seid, die kapitalistischen Staaten zu zerschlagen und den proletarischen Staat, das Räte-Deutschland, aufzurichten. Nicht die vereinigte Bourgeoisie, mit denen ihr am Sonnabend demonstrieren sollt, sind eure Brüder und Schwestern, sondern die ebenso ausgebeuteten, ausgehungerten und unterdrückten Arbeiter und -Schwestern polnischer Nation.
Nicht für die Einheitsfront mit dem Kapital müßt ihr auf die Straße gehen, sondern für die Einheitsfront des internationalen Proletariats.

Um die Jugend. Noch einige Wochen trennen viele proletarische Kinder von der Schulerlassung. Dann sollen sie als Lehrlinge oder jugendliche Arbeiter, als junge Frohntnechte in die Arbeit treten. Die wirtschaftliche Not des Elternhauses zwingt sie, sich einen Erwerb zu suchen, einzutreten in die Front derrer,

die verdammt sind, ihre Arbeitskraft für einen Judaslohn zu verkaufen. Ihnen laßt keine goldene, sonnige Jugend vor der Jugend der Bourgeoisie. Not, Elend und Hunger sind ihre ständigen Begleiter. Die Zeit, die für die geistige und körperliche Entwicklung des Menschen die bedeutendste ist, müssen die Kinder des Proletariats in der Frohn der Arbeit, in ständigen Fabriken, in giftigen Gruben, in der Treitmühle des Kapitals verbringen. Genossen, Eltern! Noch können wir das nicht verhindern, noch zwingt die schamlose Ausbeutung des Kapitals aus den jungen Leibern Profite über Profite, noch können wir unseren Kindern nicht die Jugend geben, die ihnen gehört. Aber eines liegt in unserer Macht. Daß unsere Kinder kämpfer werden um diese Jugend, daß unsere Kinder nicht verloren gehen im Sumpfe kleinbürgerlichen Knechtendens, daß unsere Kinder an unserer Seite klassenbewußte Kampfgenossen zum Sturz der alten bürgerlichen Gesellschaft und Helfer am Aufbau unserer proletarischen Ordnung werden.

Die Zeit drängt. Wir stehen mitten drin in revolutionärem Weichen. Da dürfen wir keine Kräfte ungenützt, kein Elend unserer Rette unbenutzt lassen. Daß unsere Kinder brauchbare, wertvolle Glieder werden, ist am ersten, proletarische Eltern, eure Pflicht. Darum ist es auch eure proletarische Pflicht, eure Kinder in die Organisation der jungen Kommunisten, in die kommunistische Jugend zu senden.

Wir hängen nicht der Illusion nach, daß der Kommunismus etwas ist, was vielleicht einmal, in jezt noch fernere, fernere Zeit kommen kann. Kommunismus ist Gegenwartskampf, ist Kampf um die augenblicklichen Lebensbedürfnisse, ist Kampf um Nahrung, Kleidung und Wohnung. Wir sind nicht der Meinung, daß die Jugend mit sozialistischem Geist nicht vergiftet werden dürfe, wie sich ein sozialdemokratischer Jugendpfleger ausgedrückt hat.

Wir wollen die Jugend mit dem Geiste des Klassenbewußtseins durchdrängen, wir wollen aus den Herzen der proletarischen Jugend jede Regung kleinbürgerlicher Ideologie mit der Flamme des Kommunismus ausbrennen. Genossen, tut dabei eure Pflicht! Heute abend findet im kommunistischen Arbeiterheim, Alsenstraße Ecke Schulgenwiese, eine öffentliche Jugendversammlung statt. Erscheint dort mit euren Kindern.

Kredithilfe für städtische Beamte usw. Der Finanzausschuß der Stadterordneten-Versammlung stimmte der Magistratsvorlage über Einrichtung einer Kredithilfe für städt. Beamte, Lehrer und ständige Angestellte nach eingehender Beratung einhellig zu.

Versammlungskalender.

Die für Freitag, den 11. März, anderamste außerordentliche General-Versammlung des Sozialistischen Verlages findet nicht statt. Näheres wird noch bekanntgegeben.

Kassierer! Die Haupt-Distriktkassierer wollen die Marken zu 50 Pf. und 30 Pf. für arbeitslose Genossen im Parteibüro abholen. Die Abrechnung für die Monate Januar und Februar d. J. hat spätestens bis zum 10. d. Mts. zu erfolgen. Jeder Genosse, der bis dahin nicht kassiert wurde, hat sich nachmittags zwischen 6 und 7 Uhr beim Kassierer im Parteibüro einzufinden.
Kassierer der Ortsgruppe Breslau SAPD.

- Metallarbeiter!** Sonnabend, den 5. März, abends 7 Uhr, Fraktionsführung im Parteibüro.
- Distrikt 4.** Versammlung Freitag abends 7 Uhr bei Ablang, Gellhornstr. 21, Referat anwesend.
- Distrikt 7.** Freitag abends 7 1/2 Uhr Versammlung bei Kofschel, Suijensstraße 13. Vortrag: Erlebnisse in Sowjetrußland.
- Distrikt 7a.** Versammlung Freitag abends 7 Uhr, Gräbichene Straße 259. Referat über: Die Aufgaben der Betriebsräte.
- Distrikt 9.** Freitag abend Distriktsversammlung, Wejstendstr. 73, Ecke Fojenerstraße, bei Josef Pause.
- Distrikt 9a.** Freitag, den 4. März, abends 7 Uhr, Distriktsversammlung. Lokal von Ritsche, Berliner Straße 37. Alle Genossen pünktlich erscheinen.

Waldenburg. Fraktionsführung der Metallarbeiter. Freitag, den 4. März, abends 8 Uhr, in der Stadtbrauerei Waldenburg. Erscheinen aller Kollegen erwünscht. Legitimation Mitgliedsbuch der Partei. Die komm. Fraktion der Metallarbeiter.

Unterbezirk Waldenburg. Freitag, den 4. März, nachmittags 4 Uhr, Unterbezirkskonferenz bei Baffen, Freiburger Straße. Alle Ortsgruppen müssen vertreten sein, da wichtige Tagesordnung. Die Unterbezirksleitung.

Ortsgruppe Zehnwasser. Mitgliederversammlung am Sonntag, den 6. März, abends 7 Uhr, bei Ritsche, Sophienstr. Tagesordnung sehr wichtig. Erscheinen jedes Genossen ist Pflicht.

Bejßkita. Sonntag, den 6. März, vorm. 9 Uhr, im Hochwald, Mitgliederversammlung.

Herausgeber: „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.“
Verantwortlich für den gesamten Inhalt Kurt Reubert,
für Inserate: Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.
Druck: Buchdruckerei Büffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Städtetheater.
Freitag 6 Uhr:
Sofregria.
Sonnabend 7 Uhr:
Der Barbiere von Sevilla.
Sonnabend 8 Uhr:
Der Ring der Nibelungen.
John-Spreiter.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die Jagd ins Blaue.
Chalis-Theater.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Schizipiterabend
(Gesellschafts-Literatur,
Der letzte Gast).

Helios-Licht-Spektakel
Salzstraße 2/4
Neu renoviert!
Spielplan von Freitag, den 4. d. Mts. bis Montag, den 7. d. Mts.
Das Haupt der Medusa
Gewaltiges Auslands-Duett-Drama in 4 Akten.
In dem Hauptrolle:
Magische Kunststücke
Das größte Lichtspektakel
Der Pantoffelheld.
Veranstaltet am Montag, 4. d. Mts. im großen Saal des West-Bau.
Das Nickerlächchen der Fräulein
in 4 Akten.
Drama.
Pauline Sommermann
Leitend mit Paul Sommermann
Zum ersten Mal.
Preis der Plätze:
Spreiz 2.00, 1. Pl. 2.00, 2. Pl. 1.00.
Trotzdem. Nebenbei noch
einzelne Entwürfe!
Vorsitz: Herr Sommermann.
Jedes Sonntag große Filz-
Tanzveranstaltungen. Eintr.
1 Uhr. Preis: 00 Pl. 2.00.
Jedes Dienstag und Freitag
Programmwechsel.

Matthias-Kino.
Rathhausstr. 33
und Hallenstr. 9.
Der gewaltigste Sitten-
und Detektiv-Film
Lepain
der
größte Abenteuerer
und
Frauenjäger
Wirkungsvoll abgerundeter
unvergleichlicher
Sensationen.
Feiner:
Die beliebte Wiener
Soubrette
Paula Werner
mit neuen erheitenden
Vorträgen.
Alt-Metalle
Lust 000, S. 10, 11, 12.

Liedlich-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Illenobs-Löwen
und das glänzende
Konzert-Programm.
Wiederverkäufer!
Spezial-Geschäft für
Eure, 200 m Holz
2.- Markt, Zwin, 100
Stene 44 u. 55 Hk.,
Schloßstr. 1.048 Hk.
an, Comptoir und
alle Karren, Druck-
knöpfe „K“ 4.50 Hk.
per Ges. „Pustian“
5.75 Hk. p. Ges., Baum-
weize 1.65 Hk. etc.
Pustian 50 bis
100 Hk. p. Stück. od.
Pustian 45497.
L. Lehner, Poststr. 7.
Tel. 1000. 04-12.

Fereinigte Kommunistische Partei
Ortsgruppe Waldenburg.
Sonntag, den 6. März, vorm. 9 Uhr,
in der Stadt-Brauerei
Mitglieder-Versammlung.
Erscheinen jedes Genossen ist Pflicht.
Der Vorstand.
Kranke
Herzkranken-, Brust- und Ge-
schlechtskrankheiten behandelt
mit Erfolg. Viele freiwillige
Anerkennungen von ausge-
heilten Patienten.
Krankheits-Franz-Josef, K.
Feinstr. 22, II. Tel. 016 1321.
9-1, 3-7, Sonntags 9-12.

Epilepsie-
Epilepsie, Krämpfe - sowie
Bettlägerer - (Masturbationen,
Blasen- und Mastdarmleiden
erleibt bestmögliche Besserung
in schmerzlosen Filz-Pflaster
u. Schloßstr. 1.048 Hk.,
Feinstr. 22, II. Tel. 016 1321.

Empfehlenswerte Bücher:
Das kommunistische Manifest. Mit einem
Vorwort und ausführlichen Namens- und
Fremdwörterverzeichnis. Herausgegeben
von Dr. H. Duncker. III. 2.-
Franz Mehring, Deutsche Geschichte. III. 12.-
Karl Marx, Lohnarbeit und Kapital. III. 1.50
Pannekoek, Marxismus und Darwinismus. III. 1.75
Kropotkin, Gegenseitige Hilfe in der Tier-
und Menschenwelt. III. 19.20
Friedrich Engels, Politisches Testament. III. 3.-
Zeitungsfremdwörter und Politische Schlag-
worte von Braun. III. 2.-
Zu beziehen durch:
Komm. Bucherei, Breslau 5,
Gräbichener Straße 45.